



Lesen.



Teilen.



Weitersagen.

21. September 2015

## Flüchtlingskrise in Europa II

### Hintergrund zu den Herkunftsländern und zu den Anerkennungsquoten

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden in Deutschland knapp 180.000 Asylanträge gestellt – das ist ein Anstieg um 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Tendenz: steigend. Doch trotz dieser gestiegenen Zahlen, liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinter Ländern wie der Türkei oder dem Libanon. Die steigenden Asylbewerberzahlen haben in der Bundesrepublik zu kontroversen Reaktionen und Debatten geführt. Dabei wird die Situation in den **Herkunftsländern** dieser Menschen oft außer Acht gelassen, aber nur so kann man Verständnis schaffen für die Gründe, warum diese Menschen zu uns kommen.

In **Syrien** herrscht seit 2011 ein Bürgerkrieg, in dem der syrische Präsident Baschar al-Assad bewusst die Zivilbevölkerung unter Beschuss nimmt und systematisch von Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung abschneidet. Die internationale Gemeinschaft kann nicht eingreifen, weil die unterschiedlichen Kriegsteilnehmer und Fronten unübersichtlich sind. Die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) nutzt diese Situation zur Erweiterung ihres Einflussgebiets aus. Nach Europa kamen seit Beginn des Bürgerkrieges 310.000 Syrer, von ihnen leben 121.000 in Deutschland. Die Anerkennungsquote in Deutschland beträgt 89,3 Prozent.

Seit der Invasion durch die USA und Großbritannien befindet sich der **Irak** in einer Abwärtsspirale aus Gewalt, bei der hunderttausende Zivilisten starben. Die Situation verschlechterte sich dramatisch, als die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) weite Teile des Irak unter seine Kontrolle brachte, wo es zu Massenerschießungen, Massenvergewaltigungen und ethnischen Säuberungen kommt. Zurzeit sind etwa vier Millionen Iraker auf der Flucht. Die Anerkennungsquote in Deutschland beträgt 73,9 Prozent.

Im Jahr 1993 erlangte **Eritrea** die Unabhängigkeit von Äthiopien. Die Freiheitsbewegung mündete aber bald in einer totalitären und repressiven Militärherrschaft. De Facto kann jeder Bürger vom Staat verklagt werden, in dem er auf unbestimmte Zeit zum Militär- und Arbeitsdienst eingezogen wird. Die Anerkennungsquote liegt bei 55,2 Prozent.

**Nigeria** vollzieht zwar eine Demokratisierung, aber die Terrorgruppe Boko Haram verhindert, dass sich das Land stabilisieren kann. Während die Terrorgruppe willkürlich Dörfer angreift, nehmen die Regierungstruppen ebenso willkürlich Festnahmen und Folter vor. International werden 91.000 Flüchtlinge gezählt. Anerkennungsquote: 8,1 Prozent.

Die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge kommen aus dem **Kosovo, Albanien, Serbien** sowie **Bosnien und Herzegowina**. Die schwachen staatlichen Strukturen wurden durch die Finanzkrise weiter geschwächt, denn die politischen Unsicherheiten verhindern ein Wirtschaftswachstum. Diese Staaten gehören somit zu den ärmsten Ländern der Welt. Doch nicht einmal einer von hundert Flüchtlingen wird in Deutschland anerkannt.

Dass Flüchtlinge nach **Deutschland** kommen, war seit geraumer Zeit vorhersehbar, jedoch fiel die Anzahl der Asylsuchenden viel höher aus als erwartet. Die innereuropäischen Debatten, insbesondere nach der Grenzschließung Ungarns, erschweren einen angemessenen Umgang mit der Flüchtlingswelle. Aus diesem Grund erreichten die deutschen Behörden, aber auch die Kommunen ihre Kapazitätsgrenzen. Ohne die vielen freiwilligen Helfer wäre der Ansturm vielerorts nicht zu bewerkstelligen. Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) benötigt dringend weitere Unterstützung bei der Bearbeitung der bereits vorhandenen und noch zu erwartenden Asylanträge.

Nach der gemeinsamen Absage der Deutsche Reservistenmeisterschaft durch den Generalinspekteur Volker Wieker und des Verbandspräsidenten Roderich Kieswetter, um Kapazitäten für die Flüchtlingshilfe frei zu machen, hat Kieswetter jetzt alle Reservisten dazu aufgerufen, sich als Reservistendienstleistende im Rahmen einer Amtshilfe der Streitkräfte nach Artikel 35 (1) GG zu engagieren. Hier geht es zum Aufruf: <https://goo.gl/5vV4Ri>

Ansprechpartner: Sachgebiet Sicherheitspolitische Bildung, Tel. 0228 – 25 909 14